

gefolgt von der Hoffnung, später einmal finanziell abgesichert zu sein und sich über Geld keine Sorgen machen zu müssen (81%, Anm.),“ sagt Thomas Schaufler, Privatkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich.

Laut Studie wenden die Österreicher aktuell monatlich im Durchschnitt 120 € für die private Pensions- und Gesundheitsvorsorge auf, Männer mehr als Frauen. Und bei der Art der Veranlagung zeigt sich die Diskrepanz zwischen Traum und Wirklichkeit: Höchstmögliche



© Daniel Hintermanskogler (2)

**Thomas Schaufler**  
Privatkundenvorstand Erste Bank Oesterreich.

befreiung für Kursgewinne bei Wertpapieren und Fondsprodukten erarbeiten – eine sinnvolle Maßnahme, meint der Privatkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich; angesprochen auf die Dauer der Behaltefrist: „Drei Jahre oder kürzer wäre ein Erfolg.“

Zudem ist im Regierungsprogramm unter „Umsetzung einer ‚Green Finance Agenda‘“ eine KEST-Befreiung für ökologische/ethische Investitionen (Ausarbeitung eines Konzepts mit klarem Kriterien-Set durch die zuständigen Ministerien für Finanzen und Klima) zu finden. Ein starker Anreiz für Anleger.

#### Da war doch noch was ...

Ist doch alles gut, mehr Aktien ins langfristig veranlagte Depot, keine KEST mehr, eine immer höhere Lebenserwartung – trotzdem das Gefühl, etwas vergessen zu haben? Richtig, die Pflege.

Dazu ein paar Zahlen: Derzeit leben 130.000 Personen mit Demenz, bis 2025 wird sich die Zahl der 80-Jährigen verdoppelt haben, 2050 wird mit etwa 730.000 Pflegebedürftigen gerechnet. „Der Staat wird die Pflege allein nicht stemmen können“, befürchtet Bartalszky.

Dieser Meinung sind auch 73% der Befragten; sie sind der festen Überzeugung, dass auch der rechtzeitige Abschluss einer privaten Pflegeversicherung unabdingbar ist, um später selbst



**Manfred Bartalszky**  
Vorstand der Wiener Städtischen.

darüber entscheiden zu können, wie man betreut bzw. gepflegt werden möchte. Auf die Frage, wie hoch die Menschen die finanzielle Lücke zwischen den zukünftigen Pflegekosten und den staatlichen Pflegeleistungen einschätzen, wird österreichweit durchschnittlich ein Betrag von 1.566 € im Monat genannt. „Ein durchaus realistischer Wert, wenn man sich die Berechnungen von Hilfsorganisationen ansieht, wonach ein Platz im Pflegeheim – je nach Pflegebedarf und Ausstattung – mit bis zu 6.000 Euro und die monatlichen Kosten für die Pflege zu Hause mit 3.500 Euro bis 4.500 Euro zu beziffern sind“, so Bartalszky. Dem gegenüber beläuft sich die durchschnittliche Alterspension auf 890 € für Frauen (1.480 € Männer) und das mediane Pflegegeld auf rund 470 €.

Wobei man die reine Pflegeversicherung (zehn Prozent der Österreicher haben eine solche) nicht mit der Pensionsvorsorge in einen Topf werfen sollte. Wie eine Feuerversicherung greift die Pflegeversicherung im Schadensfall, erklären beide Vorstände: „Wir zahlen ein und hoffen, dass nix passiert.“

Fazit, salopp formuliert: Die Notwendigkeit und Dringlichkeit, privat fürs Alter vorzusorgen steigt proportional mit den Sorgenfalten, die beim Gedanken an die eigene Pensionsleistung geworfen werden.

1.000

**Zur Studie**  
s Versicherung, Erste Bank und Sparkassen beauftragten das Marktforschungsinstitut Imas mit einer Online-Befragung zum Thema „Die neue Pensionisten-Generation“. Ende 2019 beantworteten 1.000 Personen zwischen 16 und 65 Jahren Fragen zu finanziellen Vorsogethemen, zukünftigen Pensionisten-Generationen und Pflege.

”

*Mit sichereren Veranlagungen ist keine Rendite zu machen. Wir haben auf eine Änderung der Zinspolitik gehofft – aber leider ...*

**Thomas Schaufler**

“

bis eher hohe Sicherheit ist 63% wichtig, 28% Ausgewogenheit und nur fünf Prozent ist eine eher hohe bis höchstmögliche Rendite wichtig. „Wer jung beginnt, sollte unbedingt auf die Rendite seiner Veranlagung schauen“, rät Schaufler, denn „mit sicheren Veranlagungen ist keine Rendite zu machen. Wir haben zwar auf eine Änderung der Zinspolitik gehofft – aber leider ...“

Eine Verbesserung der Situation würde laut Schaufler eine Erhöhung des Aktienanteils im Portfolio bringen. Und die KEST? Nun, die neue türkis-grüne Regierung will ja eine Behaltefrist für die Kapitalertragssteuer-